



Die Versorgungsqualität im Blick

Erschienen am 20.05.2016

Die Politik will noch in dieser Legislaturperiode ein neues Heil- und Hilfsmittelgesetz auf den Weg bringen. Damit könnte endlich die Grundlohnsummenbindung entfallen sowie ein beschleunigtes und auf maximal drei Monate begrenztes Schiedsverfahren gesetzlich verankert werden.

Dem beharrlichen Drängen des IFK und der anderen Verbände sollen endlich Taten folgen. Bis zur Sommerpause wollen die Berliner Gesundheitspolitiker einen Entwurf für das neue Gesetz zur Sicherung der Versorgungsqualität vorlegen. Um die Verhandlungsposition der Heilmittelerbringer gegenüber den Krankenkassen zu stärken, steht die Abschaffung der Grundlohnsummenbindung und damit verbunden die Begrenzung der Dauer der Schiedsverfahren auf maximal drei Monate auf dem Plan. In der Vergangenheit wurde die bisherige Schiedsregelung von Krankenkassen gern über viele Monate ausgereizt.

Darüber hinaus begrüßt der IFK ausdrücklich die Initiative der Amtschefs der Gesundheitsministerien der Länder, die berufliche Autonomie von Heilmittelerbringern zu erhöhen und damit den Beruf des Physiotherapeuten attraktiver zu machen. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) soll gebeten werden zu prüfen, ob Modellvorhaben geschaffen werden können, die es Physiotherapeuten im Rahmen eines Direktzugangs erlauben, Leistungen zu Lasten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu erbringen. Einzig die Tatsache, dass der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) die Aufgabe hätte, den Geltungsbereich auf bestimmte Indikationen festzulegen und so den Prozess verschleppen könnte, ist kritisch zu bewerten. Die Gesundheitsministerkonferenz wird sich Ende Juni 2016 mit diesem Vorstoß befassen.

Erfahren Sie weitere Details zum geplanten Heil- und Hilfsmittelgesetz und den aktuellen Autonomiebestrebungen beim [Forum Physiotherapie Nord](#) am 3. Juni in Hamburg. Über diese und weitere Themen, die die Physiotherapie derzeit bewegen, werden die IFK-Vorstandsvorsitzende Ute Repschläger und der IFK-Referatsleiter Kassenverhandlungen und Wirtschaft, Dr. Michael Heinen, vor Ort referieren.